

SCHWEIZ

Mann aus Havanna

Das eidgenössische Musterland hat neue Imageprobleme. Skandale und Pannen häufen sich – insbesondere auf diplomatischem Parkett.

Der Schweizer Botschafter in Luxemburg galt früher einmal als Mann ohne Fehl und Tadel. Dabei hatte Peter Friederich, 60, womöglich eine ganz besondere Leidenschaft: Er soll Geldwäsche betrieben haben, ein Delikt aus der schattenhaften Welt der Drogen, des Waffenhandels und der Korruption.

Vergangenen Montag besuchten Kriminalbeamte den Gesandten, der in die Hauptstadt gekommen war, und stellten ihn zur Rede. Doch Friederich hatte nichts Überzeugendes zu seiner Entlastung vorzutragen. Wegen Verdunkelungsgefahr bei anhaltendem Tatverdacht wurde er in Bern verhaftet.



Verhafteter Botschafter Friederich, Finanzplatz Luxemburg: „Kompliziertes Dossier mit internationalen Verästelungen“

Die Vorwürfe gegen den Karrierediplomaten, der gern Streifenhemden trägt, wiegen schwer und rücken das Sauberland, das bis vor kurzem so reibungslos von seinem Image der Rechtschaffenheit profitierte, ein weiteres Mal in schräges Licht. Blamagen allenthalben: die Schweiz, ein Staat der Pannen und Skandale?

Jedenfalls ist es noch nie da gewesen, dass etwa ein Schweizer Bundespräsident im Ausland nicht erwünscht ist. Das aber widerfuhr Kaspar Villiger, 61, der am vergangenen Samstag im russischen Ufa der Toten des Flugzeugdesasters vom Bodensee gedenken wollte – die Katastrophe war

von der Flugsicherung in Zürich mitverursacht worden. Villiger wurde vom Außenministerium in Moskau ausgeladen, weil in Ufa die Sicherheit des Bundespräsidenten „nicht garantierbar“ sei.

Erschrecken auch im Westflügel des stolzen Berner Bundeshauses, wo das Eidgenössische Departement des Äußeren angesiedelt ist. Dort folgt dem Skandal um den abgesetzten Berlin-Botschafter Thomas Borer, 44, nun der des verhafteten Kollegen Friederich – eine seltene, fast irrwitzig anmutende Situation.

Dem Mann mit dem schmalleppigen Furchengesicht wird vorgeworfen, Gelder aus dunklen Quellen in Höhe von 500 000 bis 600 000 Franken empfangen und offenbar verschoben zu haben. Details gab die Schweizer Bundesanwaltschaft bis zum Wochenende nicht bekannt.

Die Schweizer Polizei hatte entsprechende Hinweise von der Luxemburger Geldwäsche-Meldestelle erhalten, die den Verdächtigen monatelang beobachten ließ. Es handele sich um „ein kompliziertes Dos-

schafter in Kuba. Dort nimmt die Schweiz zugleich die Interessen der USA wahr, die auf Castros Insel seit Jahrzehnten nicht vertreten sind. Exilkubaner könnten eine Rolle spielen, mutmaßt die Zeitung. Drogengeld in Friederichs Händen sei wohl das Wahrscheinlichste, meldete die Agentur AFP aus Luxemburg.

Mindere Skandale hat das Berner Außenministerium früher immer gut bewältigt – so 1996 die Liebesbeziehung des Schweizer Botschafters in Rumänien zu einer Geheimdienstagentin und im selben Jahr die befremdliche Tätigkeit ihres Geschäftsträgers in Belgrad, der für 126 000 Franken Waren nach Serbien und Montenegro schmuggelte.

Dagegen könnten Friederichs Umtriebe, wenn sich denn die Vorwürfe erhärten, einen wirklich wichtigen Nerv treffen: das Bankgeheimnis. Ausgerechnet am Donnerstag, als Friederichs Verhaftung bekannt wurde, hat Bern neue Verhandlungen mit der Europäischen Union begonnen. Die aber will an einen Teil der

sier mit internationalen Verästelungen“, von dem nicht nur Luxemburg und die Schweiz betroffen seien, meint Luc Frieden, der Justizminister des Großherzogtums, vieldeutig.

Womöglich sei der Eidgenosse bei Ostgeschäften schwach geworden, lautete daraufhin eine Vermutung. Friederich war immerhin von 1986 bis 1990 Botschaftsrat in Budapest und ist mit einer Ungarin verheiratet.

Der Zürcher „Tages Anzeiger“ wartete vorigen Freitag mit einem anderen Verdacht auf: Friederich fungierte auch vier Jahre, zwischen 1995 und 1999, als Bot-

Reichtümer Hand anlegen, die in dem Alpenland gebunkert und vor ausländischen Steuerbehörden in Sicherheit gebracht worden sind – 4000 Milliarden Franken insgesamt, ein Drittel des weltweiten Privatvermögens.

Nach wie vor lehnt die Schweiz die von den EU-Ministern geforderten Kontrollmitteilungen, etwa an deutsche Finanzämter, ab. Das muss aber nicht immer so bleiben – auch wegen der peinlichen Ermittlungen im Fall des Botschafters, jenes Mannes aus Havanna, der womöglich dem Lockruf des schwarzen Geldes erlag.

JOACHIM HOELZGEN